

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 23. AUGUST 2017



MÖHLE FORDERT VERBESSERUNGEN FÜR PFLEGER UND ANGEHÖRIGE

„Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter und auch in Pflegeheimen.“ Dieser Maßgabe, so erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, heute in der Bürgerschaft, müsse das Zentrum der Bemühungen sein, wenn man über die Pflege diskutiere.

Die rot-grüne Koalition hatte eine Aktuelle Stunde zum Thema „Pflege aufwerten – Notstand verhindern“ beantragt. Und Klaus Möhle machte in seiner Rede direkt zu Beginn die Bedeutung des Themas deutlich. „Eine der größten sozialpolitischen Fragen der Gegenwart und der Zukunft ist die Pflege“, sagte der Sozialdemokrat, „und es ist eine schwierige Diskussion. Denn es ist ein Thema, das angstbesetzt ist, es ist eine sensible Debatte, die wir auch sensibel führen müssen.“

Möhle benannte dann die aus seiner Sicht wichtigen Punkte, die sich bei der Pflege verbessern müssen. „Ich glaube, dass pflegende Angehörige zu sehr allein gelassen werden. Sie brauchen mehr Unterstützung – auch finanziell“, sagte er. Zudem sprach er sich dafür aus, die Heimaufsicht besser aufzustellen. „Nicht jede Beschwerde deutet tatsächlich auf einen Mangel in der Pflege hin“, so der Sozialdemokrat, „aber wir brauchen ein System, an das Angehörige sich wenden können – ohne Angst vor Nachteilen für die zu Pflegenden.“ Schließlich sprach sich Möhle dafür aus, technische Hilfsmittel besser zu nutzen, sodass die Pflegenden entlastet würden und so vielleicht auch Zeit fänden für ein zuwendendes Gespräch. Dass es mehr Pflegepersonal brauche, stand für Möhle zudem außer Frage. Er betonte jedoch: „Wir müssen die Ausbildungskapazitäten ausbauen, damit es das Personal überhaupt gibt. Hier müssen wir langfristig denken und handeln.“



Klaus Möhle

GÜNGÖR KRITISIERT OPPOSITION UND KÜNDIGT VERBESSERUNGEN AN

Eine Bildungsstudie der arbeitgebernahen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ war heute Thema einer aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, sparte nicht an Kritik an der FDP, die das Thema eingereicht hatte – und kündigte die Initiative für eine konkrete Neuerung an, die die Schulqualität verbessern helfen soll.

Bremen hatte in diesem „Bildungsmonitor“ den vorletzten Platz belegt. Und dass die FDP dieses Ergebnis für eine Aktuelle Stunde nutze, sorgte beim sozialdemokratischen Bildungspolitiker Mustafa Güngör für scharfe Kritik. „Diese Erhebung nutzt Zahlen des IQB-Bildungsvergleichs. Diese Zahlen sind schon lange bekannt und sowohl hier im Parlament als auch in der Deputation schon mehrfach thematisiert worden“, sagte er. „Es ist daher falsch, so zu tun, als hätten wir hier ein neues Ergebnis zu bewerten. Das ist nur ein populistischer Versuch, auf dem Rücken von Schülern und Lehrern Wahlkampf zu machen.“ Güngör verwies zudem darauf, dass die Ergebnisse des Bildungsmonitors differenziert zu betrachten seien. So stehe Bremen in einigen Bereichen, etwa in der beruflichen Bildung und bei den Hochschulen, gut da. Zudem müsse man die Ausgangslage vieler Schüler beachten. Besonders viele von ihnen seien von Armut betroffen, kämen aus einem bildungsfernen Elternhaus oder hätten einen Migrationshintergrund. Ein Vergleich mit Flächenländern sei daher unredlich und falsch. „Klar ist: Die Bildungsfinanzierung muss neu aufgestellt werden. Dies wird im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 deutlich zu sehen sein“, schloss Güngör. „Mehr Geld allein reicht aber nicht. Deswegen wollen wir in Bremen ein Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsreich gründen.“



Mustafa Güngör

AKTUELLE STUNDE **JACOBS UNIVERSITY** AUF GUTEM KURS IN DIE ZUKUNFT

Wie geht es weiter mit der Jacobs University Bremen (JUB), nachdem die staatlichen Zuschüsse Ende des Jahres auslaufen? Die Zukunft der Grohner Privatuniversität war heute Thema einer Aktuellen Stunde in der Bremischen Bürgerschaft. Dieter Reinken und Arno Gottschalk machten dabei deutlich, dass die Hochschule zwar weiter vor wirtschaftlichen Herausforderungen stehe, sie aber auf einem guten Weg sei und eine wichtige Rolle in der bremischen Wissenschaftslandschaft spiele.



JACOBS UNIVERSITY

Drei Millionen Euro bekommt die Grohner Privat-Uni, an deren Gründung sich das Land Bremen 2001 auch finanziell beteiligte, aktuell jährlich. Damit soll Ende 2017 Schluss sein, so sieht es ein Vertrag zwischen dem Land Bremen, der Jacobs-Stiftung und der JUB vor. Gleichzeitig fährt auch die Jacobs-Stiftung, mit Sitz im schweizerischen Zürich, ihre Förderung zurück. Für die Jacobs University bedeutet das eine finanzielle Herausforderung, die es nun zu bewältigen gilt.



Dieter Reinken

Die Universität selbst zieht dabei eine positive Bilanz: Ein Zuwachs an Studierenden,

größere Einnahmen aus der Lehre und erfolgreiche Drittmittelprojekte. „In Anbetracht der zurückgehenden Fördermittel und Zuschüsse aus Land und Stiftung stellt die Jacobs University selber fest, dass es aktuell ein geplantes Defizit von rund 1,7 Millionen Euro gibt. Sie sieht sich aber nichtsdestotrotz im Plan der nötigen Restrukturierung, befindet sich auf Wachstumskurs und geht davon aus, dass sie im laufenden und kommenden Geschäftsjahr die geplanten und vereinbarten Sanierungen umsetzen kann“, fasst Dieter Reinken, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, die aktuelle Lage der JUB zusammen.

Mit Blick auf die Wissenschaftslandschaft betonte Gottschalk die Bedeutung der JUB. Neben der Universität und den Hochschulen, sowie den wissenschaftlichen Instituten im Land Bremen, trage auch die JUB zur hervorragenden Aufstellung des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Bremen bei. Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion weiter: „Man darf die Jacobs University nicht als Fass

ohne Boden betrachten, wie es von der Linksfraktion, die die heutige Aktuelle Stunde beantragt hat, anscheinend getan wird. Viel mehr sind die bisherigen Ausgaben des Landes eine Investition in die Zukunft. Wir sollten froh sein, dass die Jacobs University Arbeitsplätze in Bre-

men-Nord schafft und junge Talente aus aller Welt in unser Bundesland zieht.“ Dies habe nicht nur positive Effekte für die bremische Wirtschaft, sondern bedeute auch nicht zu vernachlässigende Einnahmen für das Land.

Abschließend betonte Reinken nochmals: „Die bestehenden Verträge und damit das Ende der Hilfen aus dem Haushalt, sind eindeutig – das stellt niemand in Frage. Aber ebenso deutlich ist: Wir können kein Interesse daran haben, dass die Jacobs University verschwindet.“ Schließlich müsse man sie auch als Betrieb mit 400 Beschäftigten und rund 1.400 „Auszubildenden“ im strukturschwachen Bremer Norden betrachten. „Auch das müssen wir uns vor Augen führen und daran ist das weitere Vorgehen auszurichten.“



Arno Gottschalk

ANTRAG **WOHNRAUM UND TEILHABE FÜR JUNGE GEFLÜCHTETE**

Mit Erreichen der Volljährigkeit fallen auch minderjährige Geflüchtete, die ohne Familienmitglieder oder Verwandte nach Bremen kommen, nicht mehr unter den besonderen Schutz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Zum Beginn dieser neuen Lebensphase gehört auch für sie das Wohnen in einer eigenen Wohnung.

„Für diese jungen Menschen ist es jedoch aus vielerlei Gründen wichtig, nicht längerfristig alleine und von anderen getrennt zu bleiben“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, heute in der Bürgerschaft. Aus diesem Grund sei es zentral, bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums auch neue gemeinschaftliche Wohnformen

für verschiedene Personengruppen zu ermöglichen und dadurch gleichzeitig eine Separierung und Vereinzelung von jungen Geflüchteten zu verhindern, so der Sozialdemokrat.

Zu diesem Zweck hat die Bürgerschaft heute den Senat aufgefordert, bestehende und in dieser Form nicht mehr benötigte Jugendhilfeeinrichtungen umzuwidmen. Möhle: „Das Ziel sind Angebote für das gemeinschaftliche Wohnen verschiedener Personengruppen, wie zum Beispiel von jungen Geflüchteten, Studierenden oder Auszubildenden, und damit von Gleichaltrigen, die in einer vergleichbaren Situation sind.“

Der Antrag ist Ergebnis einer Großen Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Unterbringung, Teilhabe und Integration junger Geflüchteter. Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass in der Gruppe der volljährigen jungen Geflüchteten auch zukünftig ein hoher Bedarf an Unterstützung angeboten, wie dem betreuten Jugendwohnen oder anderen ambulanten Erziehungshilfen, zu erwarten sei. „Der heutige Beschluss ist ein wichtiger Baustein für die Teilhabe und erfolgreiche Integration dieser jungen Menschen in Bremen“, erklärte Möhle abschließend.

> Antrag: Neue gemeinschaftliche Wohnformate für junge Geflüchtete
http://tiny.cc/wohnen_teilhabe



Die neugewählte Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm (Mitte) neben Bürgerschaftsdirektor Hans-Joachim von Wachter und ihrer Vorgängerin Ulrike Hauffe.

WAHL **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT WÄHLT NEUE FRAUENBEAUFTRAGTE**

Bettina Wilhelm ist heute von der Bürgerschaft zur neuen Landesfrauenbeauftragten gewählt worden. Einstimmig wählte das Parlament die 52-Jährige zur

Nachfolgerin von Ulrike Hauffe. Wilhelm war zuletzt acht Jahre lang Erste Bürgermeisterin in Schwäbisch Hall. Sie wird ihr Amt als Leiterin der Bremischen

Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau am 1. November dieses Jahres antreten und ist für 12 Jahre gewählt.

ANTRAG **STRATENNOOMS IN BREMEN OK OP PLATT**

Der Erhalt des Plattdeutschen als regionale Minderheitensprache hängt entscheidend von der Weitergabe von Generation zu Generation ab. Allerdings wird immer wieder deutlich, dass die heutigen Platt sprechenden Menschen aus eigener Kraft nicht im Stande sein werden, diese Sprache, die Bremen und umzu über Jahrhunderte geprägt hat, am Leben zu erhalten.

Mit der Unterzeichnung der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ hat sich Bremen deshalb dazu verpflichtet, verschiedene Maßnahmen zur Wahrung und Förderung des Niederdeutschen zu ergreifen. Dieser Aufgabe folgend, hat die Bremische Bürgerschaft heute auf Antrag von SPD und Grünen einstimmig ein Gesetz verabschiedet, das künftig die Nutzung des

Plattdeutschen bei Straßenbenennungen ermöglicht.

> Antrag: Stratennooms in Bremen ok fakener up Platt - Gesetz zur Einbeziehung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bei der Straßenbenennung
<http://tiny.cc/stratennooms>

**SPD-Bürgerschaftsfraktion
Land Bremen**

Wachtstraße 27/29
28195 Bremen

T. 0421.336770 / F. 0421.321120
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.:
Matthias Koch

Redaktion:
Matthias Lüdecke, Timo Joost,
Christiana Manickavasagar,
Philipp Schrage, Georg Langwasser